

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	509
		TOP:	15
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	25.10.2016		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	a) Entwicklung und Mobilität MB Werk S-Untertürkheim b) "Standortsicherung Daimler-Mobilitätskonzepte rund um den Neckarpark", Sachstandsbericht - Antrag Nr. 105/2016 (SPD) vom 24.03.2016		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 11.10.2016, öffentlich, Nr. 473

Ergebnis: Berichterstattung und Vertagung der Entscheidung

Der als Tischvorlage ausgelegte Antrag Nr. 326/2016 vom 24.10.2016 der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist dem Originalprotokoll und dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der Vorsitzende erinnert an die Beratung vor vierzehn Tagen, bei der man sich darauf verständigt hatte, heute eine Entscheidung zu treffen über eine temporäre Genehmigung von Stellplätzen. Er ruft hierzu auch den Antrag Nr. 326/2016 auf.

Für die CDU-Fraktion erklärt StR Kotz, dieser Maßnahme zustimmen zu können. Es sei erkennbar, dass es sich um eine begründete temporäre Maßnahme handelt. Der Gemeinderat begrüße das Zeichen der Konzernzentrale der Daimler AG was die Standortsicherheit am Werk Untertürkheim angeht und sollte dieses klare Bekenntnis honorieren, indem er den Bedarf für diese temporäre Nutzung anerkennt.

Mit Blick auf die Anfrage und den Antrag Nr. 326/2016 der GRÜNEN lasse sich fragen, ob der Duktus richtig gewählt wurde, wenn man mit einem großen Arbeitgeber in Stuttgart gut zusammenarbeiten möchte. Zur Anfrage selber sei man der Meinung, dass Gespräche, wie sie in Ziffer 1 dargelegt werden, geführt werden sollen. Darauf hinzuweisen sei dabei, dass das Mobilitätskonzept nicht nur den NeckarPark, sondern auch das Wasengelände, die Veranstaltungshallen, das Stadion usw. mit einschließt. Daher sollten alle Akteure sich zusammenfinden und beraten, wer hat welche Bedürfnisse, wer kann welchen Part spielen, wie passt das zusammen?

Weiter begrüße man den Teil der Ziffer 2 des Antrags, wonach im Ausschuss regelmäßig berichtet wird. Beim zweiten Teil dieser Ziffer müsse klargestellt werden, dass sie nur zur Anwendung kommt, wenn es um nicht mehr benötigte Parkplätze in einer signifikanten Größenordnung geht. Bezüglich der Ziffer 3 des Antrags, Ausbau der Stadtbahnlinie U 19, sei festzuhalten, dass alle Fraktionen sich vor kurzem klar dazu bekannt haben. Wenn dazu Gespräche mit der Daimler AG stattfinden, so sei dies sinnvoll. Ob diese sich am Ende an den Planungskosten beteiligt oder Namensrechte an der Haltestelle erwirbt oder ob eine sonstige finanzielle Beteiligung erfolgt, möchte er der Verwaltung überlassen.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) dankt für den mündlichen Bericht vom 11.10.2016, der erstmalig einen Einblick gegeben habe in die Mobilitätsmaßnahmen der Firma Daimler. Zwar gehe es heute primär um die Parkplätze, doch prinzipiell gehe es um die Verkehrswende eines der größten Unternehmen in Stuttgart und um die künftige Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Unternehmen. In Zeiten von Feinstaub- und Stickoxidbelastungen sehe man aber in der Schaffung dieser Parkplätze ein falsches Signal. Dennoch erkenne man den Bedarf an zusätzlichen Stellplätzen angesichts 2.000 neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Kernthema bleibe jedoch, den Individualverkehr im Hauptwerk des Unternehmens von heute 66 % zu senken - insbesondere angesichts der Prognose für 2019, wo 19.000 Mitarbeiter dort beschäftigt sein werden.

Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Daimler AG bei diesem Thema solle verstärkt werden. Das Jobticket sehe man als guten Einstieg in das Mobilitätskonzept, das aber noch weiter gehen könnte. Beispielsweise müsse, was den Anschluss an den ÖPNV angeht, noch etwas getan werden, um mehr Anreize für den ÖPNV zu schaffen. Außerdem müsse es Möglichkeiten für den Radverkehr geben, müssten Fahrgemeinschaften gestärkt und Anreize gesetzt werden, damit Dienstfahrzeuge z. B. als E-Autos oder Pedelecs genutzt werden. Ein gemeinsames Mobilitätskonzept für den NeckarPark soll erarbeitet werden, um all dies zu befördern. Dazu gehöre mindestens, dass die werkseigenen Pendelbusse, die heute schon die verschiedenen Parkplätze anfahren, auch die ÖPNV-Haltestellen anfahren. Auch was den Radverkehr angeht, müsse es darum gehen, wie der letzte Kilometer mit dem Fahrrad ins Werk gelingt.

Wenn ein gemeinsames Mobilitätskonzept erarbeitet wird, könne seine Fraktion sich den Beschluss der Interimslösung vorstellen. Grundlegend wichtig sei zuvor aber, dass regelmäßige Berichte im UTA dazu erfolgen. Außerdem sei zu prüfen, inwieweit die Maßnahmen wie Jobticket wirken, um zu entscheiden, ob die Anzahl der Stellplätze durchgängig drei Jahre lang erforderlich ist. Im Bezirksbeirat Bad Cannstatt habe der Vertreter der Daimler AG angesprochen, dass die Interimsnutzung bei entsprechender Wirkung der Maßnahmen evtl. früher beendet werden könnte. Großer Konsens im Rat bestehe beim Thema Ausbau U 19. Seine Fraktion wünsche, dass die Firma Daimler

bei diesem Thema einsteigt und sich möglichst beispielsweise an Planungskosten beteiligt.

StRin Gröger (SPD) stimmt der Interimsmaßnahme zu, wobei sie Wert auf die temporäre Nutzung legt. In den letzten Jahren habe eine Sprachlosigkeit zwischen Stadt und Unternehmen bestanden, welche gerade bei Unternehmen mit so großer Belegschaft aus dem weiteren Umkreis nicht förderlich sei. Die lebhafteste Diskussion im Bezirksbeirat Bad Cannstatt habe auch daran gelegen, dass seit Jahrzehnten schon über den NeckarPark und die Frage, wie viele Menschen dort arbeiten, diskutiert werde. So seien vor vielen Jahren schon Überlegungen für eine Buslinie angestellt worden, die durch das Werk fährt und dort nur den Werksangehörigen Zu- und Ausstieg gewährt. Bereits im Zuge des Baus der Porsche-Arena hätten Polizei und Verkehrsleitstelle wegen der Belastungen ein Parkleitsystem angemahnt. Daher bejahe man den Antrag in diesem Punkt und auch die regelmäßige Berichterstattung im UTA sowie die Prüfung, was ggfs. frühzeitig zurückgebaut werden kann. Hinsichtlich der Ziffer 3 schlägt sie vor, darüber auch mit der SSB zu sprechen, weil eine Beteiligung an den Planungskosten ein Systemwechsel wäre. Bezüglich des Nachholbedarfs in punkto Parkleitsystem hebt sie die Pläne der Fa. Porsche lobend hervor. Diese leiste diesbezüglich Pionierarbeit in Stuttgart.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) lehnt die Einrichtung zusätzlicher Parkplätze in Stuttgart ab und verweist auf die Begründungen hierzu vom 11.10.2016. Daher lehne man auch den Antrag der GRÜNEN in dieser Frage ab. "Mehr Parkplätze führen zu mehr Verkehr anstatt zu weniger Verkehr. Wir haben in dieser Stadt das Ziel, um 20 % den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Mit neuen Parkplätzen erreichen wir dieses Ziel nicht. Ich kann nachvollziehen, dass wir im UTA oft und immer wieder bei Neubauten und anderen Projekten Parkplätzen zustimmen, weil es rechtliche Vorgaben gibt, die wir nicht beeinflussen können. In diesem Fall geht es um eine freiwillige Zustimmung zu neuen Parkplätzen in unserer Stadt, und in dem Fall haben wir alle die Möglichkeit zu entscheiden, nein, wir akzeptieren diese Parkplätze nicht, weil es nicht den rechtlichen Bedarf gibt, diesen zuzustimmen. Das wäre konsequent, wenn wir auch ein bisschen nur aufzeigen wollen, wie wollen wir 20 % Verkehr in unserer Stadt reduzieren. Zusätzlich ist es so, dass Parkplätze, die kostenlos sind, erst recht abgelehnt werden müssen, weil, das konterkariert jegliche Strategie einer Kommune, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, Menschen zum Umstieg zu bewegen und ihnen gleichzeitig umsonst Parkplätze zur Verfügung zu stellen".

Zusätzlich betont er, die Firma Daimler sei einer der Hauptverursacher von Feinstaub und Stickoxid in Stuttgart, aber auch in Deutschland und weltweit, und sie mache es sich sehr einfach, mit diesem Thema umzugehen. Im Vergleich zu dem, was Porsche beim Jobticket macht, sei das, was die Daimler AG jetzt einführt, ein Witz. Das Mindeste wäre gewesen, zunächst eine Testphase zu machen, um zu sehen, wie das Jobticket sich entwickelt und ob sich der Bedarf an Stellplätzen vor Ort dadurch verringert. Auch könnte man Stellplätze nur an Besitzer eines VVS-Tickets geben oder an diejenigen, die das Jobticket nutzen oder die Stellplätze könnten nur von Mitarbeitern genutzt werden, die nachweisen, dass sie in Fahrgemeinschaften fahren. Weil es jedes Jahr Todesfälle wegen Feinstaub und Stickoxid gibt, sollte die Mitfinanzierung der Daimler AG am Ausbau der Stadtbahnlinie U 19 nicht nur auf die Planungskosten beschränkt, sondern weitergehend sein, weil ihre Mitarbeiter dann bis zum Werk mit der Stadtbahn fahren können.

StRin von Stein (FW) erklärt Zustimmung zur temporären Einrichtung von Parkplätzen und zu weiteren Gesprächen mit der Firma Daimler.

StR Klingler (AfD) unterstreicht, Daimler sei tatsächlich ein Hauptverursacher, nämlich für den Reichtum dieser Stadt. Seine Fraktion sei froh über das Bekenntnis zum Standort Stuttgart und darüber, weitere Arbeitsplätze in Stuttgart zu konzentrieren. Er weist darauf hin, je mehr Jobtickets es gibt, umso geringer werde der Komfort in S- und U-Bahnen, da die Züge immer voller werden. Was die Situation der beiden Sportvereine angeht, die früher auf diesen Flächen beheimatet waren, so haben sich diese an ihrem neuen Standort erheblich verbessert. Seine Fraktion stimme der Interimsnutzung für Stellplätze zu. Den Ziffern 1 und 3 der Anfrage bzw. des Antrags Nr. 326/2016 stimmt er ebenfalls zu, die Ziffer 2 berge jedoch die Problematik der fehlenden Planungssicherheit für die Firma Daimler. Er hält es für unrealistisch, die Fläche Stück für Stück zurückzubauen, weshalb er diesen Punkt ablehnt.

StR Conz (FDP) bringt den Aspekt des Natur- und Artenschutzes insofern in die Überlegungen ein, als zu befürchten wäre, dass sich schützenswerte Pflanzen und Tiere dort niederlassen und ausbreiten würden, wenn die Fläche über drei Jahre brachliegen würde. Wollte man die Bebaubarkeit sicherstellen, müsste man Chemie zum Einsatz bringen. Dies sei jedoch keine gute Lösung, weshalb die Interimsnutzung als Parkfläche - da weitaus ökologischer - vorzuziehen sei. Mit dem Antrag Nr. 326/2016 erklärt er sich einverstanden, wobei er die Ziffer 3 eher als Wunsch verstehe.

StR Dr. Schertlen (STd) betont, für die STAdTISTEN gebe es nur geeignete und ungeeignete Verkehrsmittel. Man müsse anerkennen, dass bei Daimler in Untertürkheim viele Menschen aus der weiteren Umgebung arbeiten, die - da nicht ausreichend P&R-Plätze in der Region gebaut wurden - kaum anders als mit dem Auto dorthin kommen können. Daher stimme er der Interimsparklösung für drei Jahre zu. Er betrachte den Antrag Nr. 326/2016 als Teilmenge seines Antrags "Runder Tisch Mobilität", welcher mindestens stadtweit greifen sollte und noch weitere Beteiligte ins Boot holen will.

BM Pätzold teilt mit, die Stadtverwaltung sei natürlich nicht erst seit gestern im Gespräch mit der Firma Daimler, was die Themen Mobilität und Anbindung angeht, und werde weiterhin im Gespräch darüber bleiben. Er geht davon aus, dass die Verlängerung der U 19 im nächsten Aufsichtsrat Thema sein wird. Die Finanzierung erfolge wie üblich. Er glaube nicht, dass man dieses Finanzierungssystem ändern wird, zumal es mit Steuermitteln finanziert werde, in die auch die Gewerbesteuer einfließt. Ganz sicher werde man über das Thema Endhaltestelle reden. Da ohnehin ein Bericht über den Fortschritt des NeckarParks insgesamt im Ausschuss vorgesehen sei, werde man darin auch die Themen Daimler und Veranstaltungshallen einspeisen sowie über den Ausbau der U 19 berichten.

Herr Hemmerich (ASS) bestätigt, man denke die Neubebauung im NeckarPark, die Veranstaltungsstätten und das Daimler-Werk als Gesamtsystem, wobei er ungern das Mobilitätskonzept auf Montagabendspiele des VfB Stuttgart dauerhaft ausrichten möchte. Was das Parkleitsystem angeht, so habe man von der IVLZ die Rückmeldung, wonach der Parksuchverkehr von Daimler-Beschäftigten wenig Störungen verursache. Weil es in dem Bereich wenig Betroffenheit gebe, sehe man nicht das übergeordnete öffentliche Interesse für ein Parkleitsystem. Es gebe starke Wünsche vom Bezirksbeirat Bad Cannstatt für ein dynamisches Parkleitsystem, was bisher immer an der Finanzierung im Haushalt gescheitert ist. Offen und gesprächsbereit sei man natürlich, wenn die

Firma Daimler sagen würde, sie hätte gerne ein ähnliches System, wie es Bosch und Porsche bekommen werden. Jedoch sei darauf hinzuweisen, dass Porsche das System komplett selbst entwickelt und finanziert habe und die Stadt dies nur begleitet habe.

BM Pätzold fasst zusammen, die Verwaltung werde die im Antrag formulierten Themen abarbeiten. Die Themen Mobilität und Neckarpark werden zudem im Unterausschuss NeckarPark behandelt.

Er lässt abschließend über die temporäre Schaffung von 950 Stellplätzen, begrenzt auf drei Jahre, für die Firma Daimler abstimmen und stellt fest, dass der Ausschuss für Technik dem bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zustimmt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. OB-PR
Rechnungsprüfungsamt
OB/82
 3. S/OB
S/OB-Mobil
 4. BezÄ Ca, Un
 5. Stadtkämmerei (2)
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN